

POLITSCHAU



Dieter Kläy, Kantonsrat, FDP

Das Bundesgericht ist kein Casino

Skandalisierung ist selten ein guter Ratgeber. Schon gar nicht, wenn es um die Justiz und die Wahl der Richterinnen und Richter auf Bundesebene geht. Genau das macht aber die Justiz-Initiative, die am 28. November zur Abstimmung kommt. Die Bundesrichter seien zu stark mit den politischen Parteien verbandelt, die Unabhängigkeit der Schweizer Justiz darum nicht gegeben. Deshalb müssten gemäss den Initianten die künftigen Richterinnen und Richter auf Bundesebene per Los ausgewählt werden. Die Realität ist eine andere. Die Gerichte in der Schweiz auf Bezirks-, Kantons- und Bundesebene geniessen einen hervorragenden Ruf. Unsere Richterinnen und Richter, auch diejenigen auf Bundesebene, sind unabhängig. Es braucht sicher keine Volksinitiative, die unsere Richter per Los bestimmt. Die Wahl durch die Bundesversammlung verleiht den Bundesrichtern eine echte demokratische Legitimation. Ein Losverfahren kann diese Demokratie nicht ersetzen. Was ist daran falsch, dass verschiedene Werte und politische Standpunkte durch den Parteienproporz im Bundesgericht ausgewogen abgebildet werden? Weil unserer Justiz mit Demokratie statt Zocken besser geholfen ist, muss die Justiz-Initiative am 28. November abgelehnt werden.

Wirtschaft will zu Netto-Null beitragen

Abstimmung Am 28. November kommt in Winterthur «Klimaziel Netto-Null Tonnen CO₂» zur Abstimmung. Die Winterthurer Wirtschaft ist bereit, «die Herausforderung anzunehmen» und einen Beitrag zu leisten, damit die Zielsetzungen erreicht werden können. Das teilte die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur (HAW) gestern mit. Damit das Ziel Netto-Null in Winterthur rechtzeitig erreicht wird, müssen aus Sicht der HAW diverse Punkte berücksichtigt werden. So braucht es unter anderem eine «intelligente Verkehrspolitik», denn Netto-Null darf den Individualverkehr nicht einschränken. Generell sollten nur Lösungsansätze bevorzugt werden, die auch wirtschaftlich und nicht einzig ökologisch Sinn machen. Massnahmen, die zu Steuererhöhungen führen, lehnt die HAW ab. Kurzfristig sieht die Handelskammer das grösste Potential zur Reduktion des lokalen CO₂-Ausstosses im Bereich Heizungen, in der Förderung eines Verkehrs ohne fossile Antriebe sowie in einem starken Ausbau der lokalen Stromproduktion, insbesondere durch Photovoltaik-Anlagen. Die bisherigen Vorschläge des Stadtrates überzeugen die HAW zu wenig, da er noch zu stark auf Regulierungen statt auf neue Technologien setzt. red



Schlagabtausch Eine gute Streitkultur und harte Debatten mit unterschiedlichen Standpunkten – davon lebt die Politik. Deshalb werfen sich in der «Winterthurer Zeitung» alle vierzehn Tage zwei Politikerinnen und Politiker in einem Schlagabtausch den Ball zu. Heute fordert Reto Diener, Gemeinderat und Co-Präsident der Grünen Winterthur, Stève Mérillat, Co-Präsident der Grünliberalen Winterthur, heraus.

Die Differenz zwischen «grün» und «grünliberal»

Seit 30 Jahren ist die Klimakrise bekannt. Viel zu wenig geschah bisher. Nun wird Handeln immer dringender. Auch in Winterthur. Netto-Null-Ziel bis 2040 ist gut, reicht aber nicht. Es braucht jetzt massiv Investitionen. Stützt die GLP den Einsatz von Steuergeldern dazu, unter anderem für den forcierten Ausbau von Wärmeverbänden?

Stève Mérillat: Die Grünliberalen setzen sich stark für konkrete Massnahmen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels 2040 ein. Steuergelder sollen dort eingesetzt werden, wo privat finanzierte Massnahmen nicht ausreichen und wo sie grösstmöglichen Nutzen bringen. Fernwärmeversorgung und auch deren Ausbau sollen selbsttragend sein.

Reto Diener: Gebäudeenergie ist der lokal grösste Hebel zur CO₂-Reduktion. Der Bericht des Winterthurer Stadtrates zeigt auf, dass neue Quartierwärmeverbände nicht ohne Zuschuss zu finanzieren sind. Hoffen wir gestern und individuelle Wärmepumpen benötigen zu viel Strom. Hauseigentümer brauchen jetzt eine Perspektive.

Stève Mérillat: Zur CO₂-Reduktion bei Heizungen und damit die Hauseigentümer eine Planungssicherheit haben, ist ein Ja zum kantonalen Energiegesetz entscheidend. Darum setzt sich die GLP stark dafür ein. Stichwort Strom: Wie stellen sich die Grünen die städtische Stromversorgung 2040 vor? Wie und wo wird der Strom produziert?

Reto Diener: Energiegesetz und Netto-Null 2040 sind ein Muss! Strom: Wird zu rund 50% von PV-Anlagen und der KVA (lokal) sowie zu 50% aus Wasserkraft (CH) kommen. Winterstrom würde gemäss Beteiligungsvolumen importiert. Aber da müssen wir sorgsam damit umgehen, genau deshalb sind effizientere Wärmeverbände nötig!



Im Schlagabtausch: Grüne gegen GLP

Reto Diener
Jahrgang: 1955
Partei: Grüne Winterthur
Politische Mandate: Co-Präsident, Gemeinderat, kant. Vorstand
Beruf: Dipl. Inf. Ing. ETH (pensioniert)



Stève Mérillat
Jahrgang: 1975
Partei: GLP Winterthur
Politische Mandate: Co-Präsident GLP Winterthur
Beruf: Geschäftsführer, Dipl. Werkstoff-Ing. ETH

hen, genau deshalb sind effizientere Wärmeverbände nötig!

Stève Mérillat: Effiziente Wärmepumpenheizungen sind heute wirtschaftlich, die Subventionierung von Wärmeverbänden deshalb unnötig. Beim Strom müssen wir innovativer sein: Energie aus Kehrlichtverbrennungsanlagen sollte weniger werden, Import wird zunehmend schwieriger. Das wäre ein wichtiges gemeinsames Thema für Grüne und GLP.

Reto Diener: Etwas ganz anderes. Die bezahlte Arbeit wird immer weniger. Wie finanzieren wir künftig unsere Sozialwerke/Grundeinkommen, wenn die Umlagen via Lohnbeiträge nicht mehr genügen? Ich bin für eine Finanzierung über eine

Maschinen- oder Finanztransaktionssteuer. Was ist deine Haltung?

Stève Mérillat: Steuererhöhungen für Unternehmen sind für mich keine Lösung. Vielmehr müssen wir die Produktion durch gute Rahmenbedingungen wieder in die Nähe holen. Das schafft, trotz Automatisierung, neue Arbeitsplätze. Die Reform der Sozialwerke, inklusive höherem Rentenalter, muss dringend angegangen werden.

Reto Diener: Nun, Reform wäre für mich eben der Umstieg auf eine neue, zukunftsfähigere Finanzierung, kürzere Jahres-Arbeitszeiten (dann ist höheres Rentenalter diskutabel) und allenfalls gar der Wechsel auf ein Grundeinkommen-Modell. Weniger «Earned Mo-

ney» sollte kein Tabu mehr sein. Wie sieht deine Reform aus?

Stève Mérillat: Wenn wir unserer Wirtschaft Sorge tragen, wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Kürzere Jahresarbeitszeiten sehe ich daher kritisch. Die Reform wird nicht mit utopischen Lösungen gelingen, sondern mit viel Kompromissbereitschaft. Wie finanzieren wir deine teure Reform, wenn die Firmen deswegen abwandern?

Reto Diener: Firmen werden nicht abwandern, im Gegenteil. Zufriedene und engagierte Mitarbeitende sind nebst Fachwissen der Garant dazu. Angesichts steigender Automatisierung wird bezahlte Beschäftigung weiter abnehmen und mit der Klimakrise ist Konsumwachstum nicht mehr angezeigt. Völlig neue Ansätze sind unumgänglich.

Stève Mérillat: Der Ansatz ist, nicht die Wirtschaft künstlich zu bremsen, sondern die Klimawende zur Schaffung von sinnvollen und erfüllenden Jobs zu nutzen. Gemeinsam sind wir gefordert, Winterthur für die nachhaltigen Unternehmen und Start-ups attraktiv zu machen, wovon auch die Stadtfinanzen profitieren werden.

In zwei Wochen gibt die GLP den Steilpass weiter an die Piratenpartei.

Ihre Meinung zum Thema? echo@winterthurer-zeitung.ch

POLITSCHAU

Vom Wert eines Bürgerdienstes

Wir leben in herausfordernden Zeiten; seit fast zwei Jahren beeinflusst das Jahrhundertereignis Pandemie unseren Alltag. Was mich im Frühjahr 2020 besonders beeindruckt hat: Die in Winterthur gelebte Solidarität über Generationen hinweg. Seit August 2021 wird die Volksinitiative «service citoyen» (Bürgerdienst) lanciert. Diese bezweckt eine aktive Schweiz, in der Gleichberechtigung, sozialer

Zusammenhalt und Solidarität selbstverständliche Werte sind. Gemäss Initiativtext soll jede Person mit einem Schweizerpass einen Bürgerdienst zugunsten von Gesellschaft und Umwelt leisten, dies in Form von Militärdienst oder eines gleichwertigen Milizdienstes. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung dieses Bürgerengagements: Ich bin davon überzeugt,

dass sozialer Zusammenhang, Solidarität und Gleichberechtigung für das Erfolgsmodell Schweiz von hohem Wert sind und wir diese Werte fördern sollten. Nicht nur für die Gesellschaft, auch für das Individuum zahlen sich solche Einsätze aus, zeigt doch die Glücksforschung, dass Engagement und befriedigende Erwerbsbeziehungsweise Nichterwerbsarbeit Glücksfaktoren sind.



Nicole Holderegger
 GLP-Kandidatin Stadtparlament
 Mitglied Kreisschulpflege Veltheim-Wülflingen
 Mitglied Sozialhilfebehörde